

**ERGEBNISPROTOKOLL**  
**über die Hauptausschusssitzung**  
**des Landesintegrationsrates Nordrhein-Westfalen**  
**am Samstag, den 18.03.2023, 13:00 Uhr,**  
**Ministerium für Heimat, Kommunales, Bau und Digitalisierung NRW**  
**Jürgensplatz 1, 40219 Düsseldorf**

Teilnehmer/innen: s. Teilnehmer/innenliste (Anlage 1)  
Sitzungsbeginn: ca. 13:30 Uhr  
Sitzungsende: ca. 16:30 Uhr

- TOP 1: Begrüßung durch den Vorsitzenden des Landesintegrationsrates NRW, Tayfun Keltek**
- TOP 2: Genehmigung der Niederschrift über die Hauptausschusssitzung vom 22. Oktober 2022 in Düsseldorf**
- TOP 3: Vortrag: „Wie können die Bildungserfolge der Schülerinnen und Schüler mit internationaler Familiengeschichte verbessert werden?“  
Dorothee Feller, Ministerin für Schule und Bildung NRW**
- TOP 4: Erdbeben in der Türkei und in Syrien**
- TOP 5: Kampagne „Mehr als du siehst!“**
- TOP 6: Novellierung des Staatsangehörigkeitsrechts**
- TOP 7: 30 Jahre Brandanschlag von Solingen**
- TOP 8: Forderungspapier: „Kommunale Flüchtlingsunterbringung neu denken!“**
- TOP 9: Mitteilungen des Vorstandes und der Geschäftsstelle**
- TOP 10: Berichte aus den Mitgliedsgremien**

**Zu Top 1: Begrüßung durch den Vorsitzenden des Landesintegrationsrates NRW,  
Tayfun Keltek**

Der Vorsitzende begrüßt die Anwesenden und heißt sie willkommen. Insbesondere begrüßt er Frau Dorothee Feller, Ministerin für Schule und Bildung des Landes Nordrhein-Westfalen, und bedankt sich für ihre Bereitschaft, an der Hauptausschusssitzung mit einem Vortrag teilzunehmen.

**Zu TOP 2: Genehmigung der Niederschrift über die Hauptausschusssitzung vom  
22. Oktober 2022 in Düsseldorf**

Das Protokoll der Hauptausschusssitzung wird einstimmig ohne Änderungen und Ergänzungen beschlossen.

**Zu TOP 3: Vortrag: „Wie können die Bildungserfolge der Schülerinnen und Schüler  
mit internationaler Familiengeschichte verbessert werden?“  
Dorothee Feller, Ministerin für Schule und Bildung NRW**

Frau Ministerin für Schule und Bildung des Landes Nordrhein-Westfalen Dorothee Feller begrüßt die Delegierten und bekundet ihre Anteilnahme zu den Erdbebenopfern in der Türkei und in Syrien. Sie weist auf die Größe des Katastrophengebietes hin, welches vergleichbar ist mit der Strecke von Köln bis Sachsenanhalt.

Frau Feller teilt mit, wie sie in ihrem Vortrag zu den Herausforderungen im Bildungssystem vorgehen möchte. Sie benennt zuerst einige allgemeine Herausforderungen im Bildungssystem, die in Nordrhein-Westfalen existieren, um dann auf das Thema Integration im Bildungssystem einzugehen.

Vorweg betont sie, dass es nicht nur Krisen im Bildungswesen gibt, sondern lobt auch engagierte Schulen und Lehrer/innen und leitet zum Lehrermangel nicht nur in Nordrhein-Westfalen, sondern bundesweit über. Es gäbe zu wenig Lehrkräfte in den Bereichen Grundschule, Sonderpädagogik, Sekundarstufe I und in bestimmten Bereichen der Fächerkombinationen der Sekundarstufe II. Es wurde ein Handlungskonzept vom Ministerium im Dezember vorgestellt, um diese Missstände zu verbessern. Gerade in den Grundschulen soll der Einstieg für Quereinsteiger erweitert werden, ohne dass der Unterricht an Qualität verliert. Zusätzlich sollen mehr Studienplätze für Lehrer an den Hochschulen und Universitäten geschaffen werden. Ein weiterer Handlungsansatz an Grundschulen wäre die Einführung von Altershelfern, die den Schülern mit allgemeinen Dingen wie Unterrichtsvorbereitungen und dergleichen helfen sollen, um die Lehrer zu entlasten.

Ein weiteres wichtiges Thema in Schulen sei die Digitalisierung. Hier wurde aufgrund der Pandemie in den vergangenen zwei Jahren einiges nachgeholt, aber das reiche noch nicht aus. Schulen und Lehrer wurden mit Endgeräten ausgestattet, aber der Unterricht selber müsse

auch digitalisiert werden. Es sollen Fortbildungen für Lehrer stattfinden, damit diese fit für digitale Unterrichtskonzepte werden. Besonders weist sie darauf hin, dass auch der Umgang mit Künstlicher Intelligenz (KI) wichtig ist. In Nordrhein-Westfalen solle dies nicht wie in den USA im Unterricht verboten werden. Die KI ist ein Bestandteil der zukünftigen Arbeitswelt. Lehrer müssen den Schülern den Umgang mit der KI vermitteln können, aber auch die Risiken, die damit verbunden sind, lehren.

Frau Feller geht zum Stichwort berufliche Bildung über, was ihr persönlich auch sehr wichtig ist. Sie hat die Auffassung, jedes Kind könne Abitur machen, müsse aber nicht. Es gäbe auch Wege, „ohne Studium glücklich zu werden“, hierfür müsse die gesamte Gesellschaft der Berufsbildung mehr Wertschätzung entgegenbringen. Gerade der Übergang von der allgemeinbildenden Schule in den Beruf soll besser gestaltet werden. Berufe, Schulen und Unternehmen müssen näher aneinander geführt werden. Für diese Herausforderung gebe es Projekte wie KAOA (Kein Abschluss ohne Anschluss). Gerade wegen des Fachkräftemangels sollten die jungen Menschen für die Wirtschaft gewonnen werden.

Ein weiteres Thema ist die Gewalt an Schulen, die immer mehr zunimmt. Vor einigen Wochen habe NRW-Innenminister Herbert Reul die Kriminalitätsstatistik vorgestellt. Sie belege, dass der Anteil der Kriminalität von Kindern und Jugendlichen deutlich zugenommen hat. Schulen müssen der Ort sein, wo sich Schüler/innen und Lehrer sicher und geborgen fühlen können und sich auf das Lernen konzentrieren. Hier müsse noch ein Austausch mit Wissenschaftlern stattfinden, um Erkenntnisse zu erlangen, welche Entwicklungen es in der Zeit der Pandemie gegeben hat.

Ein wichtiger Stichpunkt sind die Grundschulen. Im Herbst 2022 wurde die IQB-Studie bezüglich der Grundschulen vorgestellt. Zum dritten Mal in Folge haben die Viertklässler, die an der Studie teilgenommen haben, in Nordrhein-Westfalen nicht erfolgreich abgeschlossen und lagen im unteren Drittel bundesweit. Bis zu 25 % der Kinder, die an der Studie teilgenommen haben, haben die Mindestanforderungen an Schreiben, Lesen, Zuhören, Rechnen und Soziale/Emotionale Kompetenz nicht erfüllt. Dies betrifft auch Kinder mit internationaler Familiengeschichte; hier wird auch zwischen Kindern, die hier geboren und die hergezogen sind, unterschieden. Frau Feller betont, dass alle Kinder in Nordrhein-Westfalen zu diesem Land gehören. Das Ministerium für Schule und Bildung des Landes Nordrhein-Westfalen arbeitet an einem Konzept mit dem Ziel, spätestens nach den Sommerferien 2023 die Schüler/innen an Grundschulen beim Lesen, Schreiben und Zuhören besser zu unterstützen.

Frau Feller betont, wie wichtig es ist, dass Eltern ihren Kindern vorlesen. Rund 40 % der Bevölkerung tun dies heute nicht mehr. Für das Erlernen der Sprache ist dies besonders wichtig.. Sie fügt ein Zitat an:

„Die Zeit ist reif für die Förderung natürlicher Zweisprachigkeit. Hierin liegt der Schlüssel, den Bildungserfolg von Kindern und Jugendlichen mit internationaler Familiengeschichte maßgeblich zu verbessern. Dies hat auch die Regierungskoalition Nordrhein-Westfalens erkannt und als Ziel im Koalitionsvertrag formuliert. Nun müssen konkrete Schritte der Landesregierung folgen, damit eine konsequente Förderung des sprachlichen Reichtums in den Bildungseinrichtungen unseres Landes realisiert wird. Idealerweise sollten alle Kinder unserer Stadt bereits ab der Kita mehrsprachig gefördert werden.“ (PM Landesintegrationsrat NRW, UNESCO Welttag der Muttersprache 21.02.2023)

Viele Kinder wachsen zwei- bzw. mehrsprachig auf. Der Herkunftssprachliche Unterricht (HSU) sei für die Identität der Kinder und zum Fördern des Selbstwertgefühls wichtig, aber der Erwerb der deutschen Sprache habe eine höhere Priorisierung. Es befänden sich 86.000 Kinder in der Erstförderung, davon 37.000 aus der Ukraine. Diese Kinder lernten zwei Jahre lang die deutsche Sprache, damit sie im Anschluss am Regelunterricht teilnehmen können. Frau Feller weist auf den Intensivtrainingsunterricht in den Ferien für das Fach Deutsch hin, der Kindern und Jugendlichen einen kostenlosen Intensivkurs anbietet. Zurzeit werden 30 Sprachen im HSU angeboten, mit mehr als 100.000 Schülerinnen und Schüler, die daran teilnehmen. Es werden mehr als 1.000 Stellen vom Land zur Verfügung gestellt. Am Ende der Sekundarstufe I kann eine Sprachprüfung abgelegt werden, die durch eine mindestens „Gute“ Leistung eine „Mangelhafte“ Leistung in einer anderen Sprache ausgleichen kann. Im Schuljahr 2021/2022 wurden erstmals zentrale Sprachprüfungen im HSU durchgeführt. Dabei wurden in insgesamt 3.657 Sprachprüfungen 22 verschiedenen Sprachen geprüft. Dies zeige die Akzeptanz dieses Konzepts. Im Schuljahr 2021/22 wurde in 68 Grundschulen, schon ab der Kernkennlernphase, HSU Lehrkräfte eingesetzt. Es war eine Bereicherung des Unterrichtsangebotes. Damit wurden bundesweit neue Maßstäbe gesetzt. In der Lehrerbildung spielt der HSU eine zentrale Rolle. Die Universität Duisburg-Essen bietet ab dem Wintersemester 2023/24 den Teilstudiengang Deutsch für Kinder mit Zuwanderungsgeschichte an. Eine kompetente Sprach- und Sprachenbildung sei der Schlüssel zu einer gelungenen Bildungsbiografie und somit eine der wichtigsten Bausteine in der Bildung der Kinder, aber nicht der einzige. Auch Eltern/Familie und Integrationsräte/-ausschüsse bilden eine Brücke.

Frau Ministerin Dorothee Feller bedankt sich bei den Integrationsratsmitgliedern für ihr Engagement und das Anstoßen bzw. das Vorarbeiten vieler Themen in der Politik.

Der Vorsitzende eröffnet die Fragerunde. Folgende Fragen werden gestellt und Frau Ministerin Feller beantwortet:

Frage: Wie kann man dem Lehrermangel entgegenwirken, damit die Schüler/innen nicht viele ausfälle haben?

Antwort: Hier kommen auch die Alltagshelfer als Kompensatoren zum Einsatz.

Frage: 2021 haben viele Schüler/innen ohne einen Abschluss die Schule verlassen. Was können wir dafür tun, um solche Abgänge zu vermeiden?

Antwort: In dieser Hinsicht gibt es die Berufsschulen, die ergänzend gut Leistungen erbringen.

Frage: Kann man die Förderung des HSU nicht mit den Herkunftsstaaten der Lehrer verbinden?

Antwort: Im Handlungskonzept des Ministeriums wird dies bereits berücksichtigt, diesen Lehrern aus anderen Ländern anzubieten. Die Voraussetzung ist der einfache Spracherwerb Niveau von C1 für die Fortbildung und später erst C2 im tatsächlichen Schuleinsatz.

Frage: Die Lehrerquoten von Hochschulen sollen erhöht werden, aber auf die Methoden des Lehrens soll weiterhin Wert gelegt werden, in welchen Professionen sollen neue Chancen ermöglicht werden?

Antwort: Seiteneinsteiger können in drei Varianten in den Schuldienst einsteigen:

- Masterabsolventen können sich für zwei Jahre weiterbilden lassen.
- Studienabgänger können den Vorbereitungsdienst für Grundschule und Sekundarstufe 1 absolvieren.
- Fertige ausgebildete Gymnasiallehrer können eine Festanstellung im Bereich Grundschule und Sekundarstufe 1 erhalten.

Frage: Was ist der Grund oder die sind die Gründe, dass die Mindestanforderungen in der IQB-Studie nicht erreicht wurden bzw. gibt es dazu eine Studie?

Antwort: Die Gründe hierfür sind sehr umfangreich, es gibt unterschiedliche Konzepte dem entgegenzuwirken. Zum Beispiel gibt es unterschiedliche Lesekonzepte, die Schüler zu unterstützen.

Frage: Bekommen die Schüler/innen nicht den Eindruck, dass sie nicht mehr viel lernen müssen, wenn sie ChatGPT verwenden?

Antwort: Viele Kinder und Jugendliche kennen den Umgang mit der künstlichen Intelligenz (KI). Die KI entwickelt sich in einem rasanten Tempo weiter. Damit unsere Kinder im zukünftigen Arbeitsleben Fuß fassen können, ist es unumgänglich das Thema in den Schulen zu behandeln. Aber genauso wichtig ist die Lehre der möglichen verbundenen Risiken im Umgang mit der KI.

Frage: Wäre es nicht sinnvoll, den HSU, statt mit der Einschulung, bereits in der Vorschule oder im Kindergarten anzubieten?

Antwort: In diesem Bereich muss noch mit Josefine Paul, der Ministerin für Kinder, Jugend, Familie, Gleichstellung, Flucht und Integration des Landes Nordrhein-Westfalen zusammen gearbeitet werden., Erst mit der Schulanmeldung sind die Kinder im Hoheitsgebiet des Schulministeriums.

Frage: In Remscheid gibt es Willkommensklassen in der Sekundarstufe I, aber nicht in den Grundschulen. Die Fördermaßnahmen kommen oft zu spät oder sind nicht ausreichend. Es gibt viele Schülerinnen und Schüler, die ohne Abschluss von der Schule gehen und es gibt nur eine Stelle für Sozialarbeit pro Schule.

Antwort: Die Ministerin betont die Bedeutung der Schulsozialarbeit, insbesondere vor dem Hintergrund von Gewalt an Schulen. Sie erklärt, dass das Land Nordrhein-Westfalen die Stellen für Schulsozialarbeit ausgeweitet hat und weitere Stellen schaffen will. Ob die Schulsozialarbeit in Remscheid ausreicht, muss sie sich noch einmal anschauen.

Frage: In Nordrhein-Westfalen werden die Herkunftssprachen von Kindern, die neu in die Schule kommen, nicht systematisch erfasst. Dies ist ein Problem, da Ehrenamtliche gerne Herkunftssprachlichen Unterricht anbieten möchten, aber nicht wissen, welche Sprachen an den Schulen benötigt werden.

Antwort: Schulen erfassen die Herkunftssprachen der Kinder nur über einen Hinweis der Eltern. Sie schlägt vor, dass die Schulen die Eltern noch stärker informieren sollten.

Frage: Schutzsuchende Kinder in Nordrhein-Westfalen haben Anspruch auf zwei Jahre Förderung vor Eintritt in den Regelunterricht. In der Praxis werden diese Kinder jedoch bei der statistischen Erfassung und bei der Anmeldung zur weiterführenden Schule nicht berücksichtigt, da sie nicht am Regelunterricht teilnehmen.

Antwort: Flüchtlingskinder werden in den kommunalen Statistiken erfasst.

Frage: Die Ministerin setzt sich für die Bekämpfung von Diskriminierung in den Schulen ein. Es wird gefordert, dass Diversity auch in der Lehrerbildung berücksichtigt wird. Lehrerinnen und Lehrer sollten lernen, wie sie mit Diskriminierung von Kindern umgehen können.

Antwort: Frau Feller erklärt, dass das Thema Diskriminierung von Kindern in der Lehrerbildung berücksichtigt wird. In der praktischen Ausbildung werden die Lehrkräfte dazu sensibilisiert und mit den relevanten Themen vertraut gemacht.

Frage: Die Anerkennung ausländischer Abschlüsse dauert oft lange. Es wird gefordert, dass die Anerkennung schneller und unbürokratischer erfolgen.

Antwort: Die Ministerin stimmt zu, dass die Anerkennung ausländischer Abschlüsse zu lange dauert. Sie verweist darauf, dass auch andere Bundesländer und das Bundesarbeitsministerium daran arbeiten, die Anerkennung zu beschleunigen.

Frage: Befristete Verträge für Lehrerinnen und Lehrer sind ein Problem. Diese Lehrerinnen und Lehrer können sich nicht frei entfalten, da sie immer mit der Sorge leben, dass ihr Vertrag nicht verlängert wird.

- Antwort: Die Ministerin erklärt, dass sie sich die Frage noch genauer anschauen muss. Sie vermutet, dass eine Änderung des Gesetzes erforderlich wäre, um befristete Verträge für Lehrer in unbefristete Verträge umzuwandeln. Die Ministerin bittet um Verständnis für die noch nicht abschließende Antwort. Sie schlägt vor, dass die Frage in einer anderen Sitzung erneut besprochen werden könnte.

Der Vorsitzende beendet die Fragerunde mit folgenden Aussagen:

Die Herkunftssprache ist ein wichtiger Bestandteil der Identität von Kindern mit Migrationshintergrund.

Die Integration von Kindern mit Migrationshintergrund gelingt besser, wenn ihre Herkunftssprache im Unterricht berücksichtigt wird.

#### **Zu TOP 4: Erdbeben in der Türkei und in Syrien**

Der Vorsitzende stellt die Situation in den Erdbebengebieten dar und ruft zur Hilfe auf. Die Menschen benötigen schnelle Hilfe. Alle können in ihren Wirkungsfeldern Vereine und Initiativen unterstützen.

#### **Zu TOP 5: Kampagne „Mehr als du siehst!“**

Eine Kampagne zur Herkunftsidetität soll in der laufenden Amtsperiode der Gremien unter dem Titel „Mehr als Du siehst!“ in Zusammenarbeit mit den Integrationsräten durchgeführt werden. Dazu soll ein Konzept erstellt und ggf. ein Projektantrag gestellt werden.

#### **Zu TOP 6: Novellierung des Staatsangehörigkeitsrechts**

Die doppelte Staatsbürgerschaft ist eine Bereicherung für Deutschland, da sie Menschen mit zwei Identitäten, zwei Sprachen und zwei Kulturen den Ausdruck mehreren Zugehörigkeiten ermöglicht. Sie war in Deutschland bisher nur in Ausnahmefällen möglich und dabei kam es zu Diskriminierungen.

Der Vorsitzende begrüßt den aktuellen Gesetzesentwurf der Bundesregierung, der die doppelte Staatsbürgerschaft erleichtern soll. Er fordert, dass der Entwurf umgesetzt wird und dass die doppelte Staatsbürgerschaft für alle Menschen möglich wird.

Um die doppelte Staatsbürgerschaft zu unterstützen, hat der Landesintegrationsrat eine Resolution vorbereitet. Diese Resolution fordert die Bundesregierung auf, den Entwurf umzusetzen und die doppelte Staatsbürgerschaft für alle Menschen gleichermaßen zu ermöglichen.

Die Resolution zur Novellierung des Staatsangehörigkeitsrechts wird verlesen.

Ein wichtiger Punkt, der zu beachten ist, die Entscheidung gegen den Generationenschnitt.

Für die Integrationsräte wurde ein Musterschreiben, zur Unterstützung des Staatsangehörigkeitsrechts, an die Bundestagsabgeordneten in den Wahlkreisen vorbereitet. Das Musterschreiben wird auch verlesen.

**Beschluss:** Die Resolution zur Novellierung des Staatsangehörigkeitsrechts wird einstimmig, von allen Delegierten, verabschiedet.

#### **Zu TOP 7: 30 Jahre Brandanschlag von Solingen**

Der Vorstandsvorsitzende berichtet von Planungen der Veranstaltungen zum 30. Jahrestag zu dem Brandanschlag von Solingen.

- Aktion: „Radeln gegen Rechts“
- Aktion: „Bunt statt Braun“
- Kommunale Veranstaltungen der Integrationsräte

Die Abschlussveranstaltung wird in Kooperation mit dem Landtagspräsidenten André Kuper organisiert.

Mit dieser Kampagne soll bundesweit ein Zeichen gegen Rassismus gesetzt werden. Die Delegierten werden gebeten, diese Aktionsreihe mit Ihren Städten/Kommunen zu unterstützen.

Siamak Pournabari gibt genauere Details zu den entsprechenden Aktionen. Für die lokalen Veranstaltungen bekommen die Integrationsräte Unterstützung vom Landesintegrationsrat NRW, sei es in der Planung, Finanzierung oder Umsetzung.

Tayfun Keltok verabschiedet Siamak Pournabari, den langjährigen Referenten des Landesintegrationsrates NRW, der zum Ministerium für Kinder, Jugend, Familie, Gleichstellung, Flucht und Integration des Landes Nordrhein-Westfalen wechselt. Der Vorsitzende bedankt sich herzlich für sein Engagement in der Integrationspolitik und seine Dienste im Landesintegrationsrat NRW.

**Zu TOP 8: Forderungspapier: „Kommunale Flüchtlingsunterbringung neu denken!“**

Die stellvertretende Vorstandsvorsitzende Ksenija Sakelšek berichtet von der Veranstaltung zur kommunalen Unterbringung von Flüchtlingen, in Kooperation mit dem Flüchtlingsrat NRW, die am 7. März in Dortmund stattfand.

Die Veranstaltung war sehr gut besucht, es gab viele Mitarbeiter/innen aus den kommunalen Verwaltungen. Ein wesentlicher Bestandteil war die Vorbereitung eines Forderungspapier. Es gibt keine kommunalen Standards in der Flüchtlingsunterbringung, die Obdachlosigkeit von Flüchtlingen und Schutzsuchenden soll unterbunden werden.

Dieses ausgearbeitete Konzept sollen die Integrationsräte in Ihren Städten und Kommunen anbringen. Viele Delegierte melden sich zu Wort, das es tatsächlich überall unterschiedlich gehandhabt wird.

**Zu TOP 9: Mitteilungen des Vorstandes und der Geschäftsstelle**

Der Vorsitzende informiert die Delegierten, dass der Vorstand und die Geschäftsstelle an Änderungsvorschlägen für § 27 Gemeindeordnung arbeiten.

Des Weiteren sagt er, der Name der Integrationsräte -ausschüsse wird überdenkt, damit es einen einheitlichen Namen für alle gibt.

Die Bildungsoffensive soll weitergeführt werden. Es werden weitere Gespräche mit den Ministerien, Landtagsfraktionen und Abgeordneten geführt.

Der Landesintegrationsrat hat sich von der Organisation des Bocholter Forums zurückgezogen. Mit der Landeszentrale für politische Bildung NRW konnte keine Einigung hinsichtlich der öffentlichen Darstellung der Kooperationspartner erzielt werden.

**Zu TOP 10: Berichte aus den Mitgliedsgruppen**

Es lagen keine Berichte aus den Mitgliedsgruppen vor.



-----  
Tayfun Keltek  
Vorsitzender



-----  
Engin Sakal  
Geschäftsführer